



---

PRESSEINFORMATION

Kassel, 5.12.2003

**Bauminister der Bundesländer fordern mindest 172 Millionen € für Städtebau-  
förderung -**

**Angleichung der Städtebauförderung West und Ost soll ab 2005 laufen**

Kassel. Die Bauminister der Bundesländer haben auf ihrer Konferenz in Kassel den Bund einstimmig aufgefordert, die Kürzungen in der Städtebauförderung zurückzunehmen und die Mittel in 2004 für die Städtebauförderung West und das gemeinsame Programm „Soziale Stadt“ wieder auf mindestens 172 Millionen € anzuheben. Wie der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, der Hessische Bauminister Dr. Alois Rhiel im Anschluss an die Tagung erklärte, könne damit in spürbarer Weise, den Städten und Gemeinden bei der Lösung regionaler städtebaulicher Probleme geholfen werden.

Außerdem sprachen sich die Minister dafür aus, den Ländern größere Spielräume bei der Mittelverwendung einzuräumen und so einen Beitrag zur Deregulierung zu leisten. Dies sei notwendig, um die Programme an die jeweils unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern flexibel anzupassen.

Weiterhin betonten die Minister übereinstimmend, dass die Verteilung der Mittel dem städtebaulichen Erneuerungsbedarf in allen Ländern Rechnung tragen müsse. Die bisherige Verteilung der Mittel werde dieser Anforderung nicht gerecht und bedürfe zwingend einer Änderung bedürfe. Zunächst solle die Angleichung der Städtebauförderung West und Ost ab 2005 in höchstens drei Jahresschritten auf ein Verhältnis 50 : 50 erfolgen. Der städtebauliche Denkmalschutz und der Stadtumbau Ost seien allerdings dabei ausgeklammert.

Eventuelle Einsparungen bei der Eigenheimzulage müssten zumindest teilweise für die Aufstockung der Städtebauförderung West und der Altschuldenhilfe verwendet werden.

Dr. Rhiel erklärte weiter, dass die Bauministerkonferenz auf der Grundlage eines Gutachtens zu Public Private Partnership Projekten (PPP) in diesem Modell weitere Möglichkeiten wirtschaftlichen Bauens sieht. Bestehende Hemmnisse im Haushalts-, Steuer- oder Vergaberecht, die der Realisierung von PPP-Projekten entgegenstehen, sollen beseitigt werden.